

Was wird aus dem Allendehaus?

Diese Frage bewegt viele



Allendehaus – ehemalige Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete

Früher als Seniorenheim und von 2013 bis 2017 – deutlich länger als zunächst vorgesehen – als Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen genutzt, steht das Haus in der Salvador-Allende-Straße 89-91 jetzt seit einem Jahr leer und gammelt vor sich hin.

Nach dem Willen des Berliner Senats soll das Haus abgerissen und an seiner Stelle eine Modulare Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) mit einer Kapazität für 450 Personen errichtet werden. Unsere Genossenschaft hat für diesen Standort, eingerahmt von den beiden größten eigenen Wohnanlagen Salvador-Allende-Straße 11-87 mit 780 Wohnungen und Wendenschloßstraße 11-33 mit 528 Wohnungen ein alternatives Konzept entwickelt und damit in den Senatsverwaltungen für Bauen und Wohnen sowie Integration, Arbeit und Soziales vorgeschrieben.

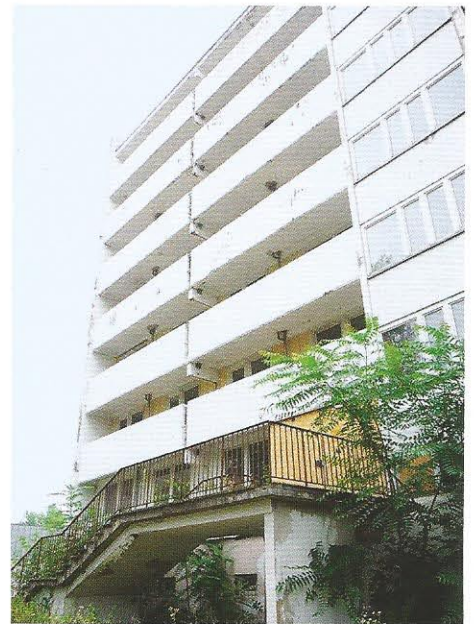
Die WBG „Amtsfeld“ eG beabsichtigt ebenfalls, das bestehende Gebäude abzureißen und an seiner Stelle dann nachhaltigen genossenschaftlichen Wohnungsbau umzusetzen. Über einen Concierge-Dienst sollen Serviceleistungen angeboten werden, die jeder Wohnungsnutzer nach seinen individuellen Bedürfnissen in Anspruch nehmen kann. Weiterhin ist in dem Gebäude eine Kita vorgesehen. Im Zuge der vielschichtigen Kontakte mit den Senatsverwaltungen und Politikern verschiedener Parteien

wurde das Angebot der Genossenschaft dahingehend erweitert, dass bei entsprechender Förderung ein Teil der neu entstehenden Wohnungen zu verbilligten Mieten sozial Schwachen und Flüchtlingen mit gesichertem Aufenthaltsstatus zur Verfügung gestellt werden. Seitens der Genossenschaft wurde aber immer wieder betont, dass großer Wert darauf gelegt wird, keine Konzentration bestimmter Bewohnergruppen in einem Haus zuzulassen.

Sollte es also jemals zur Umsetzung dieses genossenschaftlichen Konzeptes kommen, werden die auf diese Weise begünstigten Mieter auf alle Wohnanlagen aufgeteilt. Nur so können sich funktionierende Nachbarschaften entwickeln und Integration wirklich gelingen. Massenunterkünfte wie Containersiedlungen und Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge sind dafür nicht geeignet.

In der WBG „Amtsfeld“ eG leben heute schon Menschen aus 17 Nationen friedlich zusammen, ohne nennenswerte Probleme. Es wäre wünschenswert, wenn derart positive Erfahrungen aus der Praxis in der Politik mehr Berücksichtigung fänden. Dort zählt aber scheinbar nur, wie 19.000 Menschen, die in Berlin wohl noch immer unter schwierigen Verhältnissen leben, schnellstmöglich untergebracht werden können. Da bleiben Fragen der Integration eher auf der Strecke.

Gegenüber einer Modulare Unterkunft für Flüchtlinge mit einfachem Standard und geringen Nachnutzungsmöglichkeiten bietet der genossenschaftliche Wohnungsbau zu vergleichsweise moderaten Mieten einen nachhaltigen Beitrag zur Entspannung des Berliner Wohnungsmarktes. Dabei sollte man auch nicht übersehen, dass es in Berlin etwa 85 Wohnungsbaugenossenschaften gibt, die überwiegend bauwillig sind, über das nötige Eigenkapital verfügen und vor allem die dringend erforderliche soziale Kompetenz besitzen.



Die Politik sollte nicht nur darüber reden, dass Genossenschaften gefördert werden sollen, sondern die Hand, die ihnen die Genossenschaften ausstrecken, ergreifen und die Potenziale und Kompetenzen in einer echten, nicht gönnerhaften, sondern partnerschaftlichen Zusammenarbeit nutzen. Das wäre gut für die wachsende Stadt Berlin und die Menschen, die händelnd nach einer bezahlbaren Wohnung suchen.

Die WBG „Amtsfeld“ eG steht jedenfalls noch immer für eine konstruktive und nachhaltige Entwicklung am Standort Salvador-Allende-Straße 89-91 bereit.

Dietmar Grosse